

„Es gibt Schutzlücken“

Bausback fordert Konsequenzen aus Silvester-Exzessen

VON ISABEL FIRSCHING

NÜRNBERG – Als „Staatsversagen“ hat Bayerns Justizminister Winfried Bausback (CSU) die Gewaltexzesse am Silvesterabend in Köln und anderen Städten bezeichnet. Es gebe „Schutzlücken“, die geschlossen werden müssten.

Dies könne zum Beispiel mit dem Instrument der sogenannten digitalen Spurensicherung geschehen, sagte der Minister bei einem Besuch im Nürnberger Presseclub. Er teilt dabei die Ansicht von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD), dass die bekanntgewordenen Übergriffe über soziale Netzwerke per Handy verabredet waren.

Nach Auffassung Bausbacks müsse dringend darüber nachgedacht werden, wie man solche digitalen Spuren verfolgen kann. Dies sei nach den Bestimmungen zur Vorratsdatenspeicherung bisher nicht möglich.

„Auch die Attentäter von Paris haben sich über das Handy verabredet“, meinte Bayerns Justizminister, „ich verstehe nicht, warum es nicht möglich ist, wenigstens deren Telekommunikationswege nachzuvollziehen.“

Warten auf Vorschläge

Änderungen müsse es, so der CSU-Politiker, auch beim Sexualstrafrecht geben. „Viele Jugendliche, besonders aus dem Migrantenmilieu, fühlen sich mit einer Freiheitsstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt wird, als ‚gut davongekommen‘“, sagte Bausback. Der sogenannte Warnschuss-Arrest in Bayern sei ein bewährtes Mittel, dass eine Bestrafung auch wahrgenommen werde. Vorbild sei Bayern auch beim Ausbau der Stellen bei Polizei und Jus-

tiz. Während Bayern zusätzlich Personal eingestellt habe, sei in anderen Bundesländern abgebaut worden.

Ganz klar sprach sich der Minister dafür aus, diejenigen abzuschieben, die ihr Gastrecht missbrauchten. Er räumte aber ein, dass dies im Einzelfall nicht immer leicht zu bewerkstelligen sei. „Es ist auf jeden Fall notwendig, an eine Änderung des europäischen Rechts zu denken“, betonte Winfried Bausback. Er sei gespannt, was seine Kollegen im Bund dazu vorschlagen.



Wolfgang Bausback
Foto: Christian Feuerlein

Offene Fragen

Kritischen Nachfragen an den Justizminister gab es im Presseclub beim Thema Obergrenzen für Flüchtlinge, die Bausbacks Partei, die CSU, fordert. Wie das in der Praxis aussehen soll, ließ er eher offen. Was sagt man den ersten Flüchtlingen an den Schlagbäumen, die nicht mehr ins Land gelassen werden sollen? „Wenn

tausende von Menschen keinen Ausweg mehr sehen, dann brechen die einfach durch“, meinte im Presseclub etwa Gerhard Danzl, der frühere Chef der Nürnberger Bereitschaftspolizei.

Bausback verwies auf andere demokratische Staaten, etwa Großbritannien, die dafür auch ein Lösung gefunden hätten. Ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat müsse die Möglichkeit haben, die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen.

Zu einem behutsamen Vorgehen riet der Minister beim Umgang in bayerischen Gefängnissen mit islamischen Extremisten, die Mitgefangene für ihre gefährliche Ideologie gewinnen wollen. Die müssten ausfindig gemacht werden, um sie von ihrem Vorhaben abzubringen. Bausbacks Devise heißt in diesem Zusammenhang: Nicht isolieren, sondern diskutieren.